

Erscheint täglich außer Sonntagen,  
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis  
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.  
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilzeile  
80 Pf., Kleinstzeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.  
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,  
Berlin Nr. 37536. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

## Reichstag gegen Württemberg.

### Der Rechtsausschuß fordert die Aussetzung verhängter Todesstrafen.

Im Strafrechtsausschuß des Reichstags zitierte heute vormittag Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) die Meldung aus Stuttgart, nach welcher das Gnadengesuch des zum Tode verurteilten Landwirts Zell vom württembergischen Staatspräsidenten abschlägig beschieden worden sei und die Hinrichtung in den nächsten Tagen vollzogen werde. Nun habe im Oktober 1928 der damalige Reichsjustizminister im Namen des Kabinetts ein Ersuchen an die Länderregierungen gerichtet, die Todesstrafe nicht mehr zu vollziehen, solange die Frage der Abschaffung der Todesstrafe im Strafrechtsausschuß noch nicht endgültig entschieden worden sei. Diesem Ersuchen haben die Länderregierungen bis jetzt auch Rechnung getragen. Seitdem sei in Deutschland kein Todesurteil mehr vollstreckt worden. Abg. Dr. Rosenfeld hat den Reichsjustizminister, alles zu tun, um die württembergische Staatsregierung zu bewegen, dem damaligen Ersuchen Rechnung zu tragen.

Reichsjustizminister Dr. Brüning gab die Erklärung ab, daß jene Anregung des früheren Kabinetts die jetzige Regierung natürlich nicht binde. Es habe sich überhaupt nur um eine Anregung gehandelt, der die Regierung von Württemberg in Anbetracht der Schwere des Falles offenbar keine Folge geben wolle. Er habe zunächst telephonisch den württembergischen Gesandten um nähere Informationen gebeten und werde mit ihm im Laufe des Tages noch verhandeln.

Abg. Dr. Ehlermann (Dem.) hielt es im Interesse der Rechtseinheit in Deutschland für dringend notwendig, daß die Frage der Vollstreckung der Todesstrafe einheitlich in Deutschland geregelt werde.

Mit 15 gegen 10 Stimmen wurde ein von den Abgeordneten Dr. Rosenfeld (Soz.), Dr. Ehlermann (Dem.) und Dr. Kahl (D. Vp.) eingebrachter Antrag angenommen, nach welchem die Reichsregierung der württembergischen Staatsregierung nahelegt, vor der gesetzlichen Entscheidung über die Todesstrafe das Todesurteil gegen den Landwirt Zell nicht zu vollstrecken.

### 4 Proz. Reichsbankzins.

Der Beschluß des Zentralausschusses.

Die Reichsbank hat mit Wirkung vom 21. Juni den Wechselzins um  $\frac{1}{2}$  auf 4 Prozent und den Lombardzins um  $\frac{1}{2}$  auf 5 Prozent herabgesetzt.

Die Reichsbank ist also, wie nicht anders zu erwarten war, der neuen Zinsenkungswelle auf den internationalen Geldmärkten gefolgt. Die heutige Zinsenkung ist die sechste Diskontherabsetzung in diesem Jahre, nachdem bereits im November 1929 im Anschluß an die New-Yorker Börsenkatastrophe der erste Abbau des Zinsfußes von  $7\frac{1}{2}$  auf 7 Prozent eingeleitet hatte. Mit dem jetzt erreichten Wechselzinsfuß von 4 Prozent ist ein Rekordstand erreicht, wie er seit dem Jahre 1914 in Deutschland nicht mehr bestand.

Reichsbankpräsident Dr. Luther begründete in der Sitzung des Zentralausschusses die Diskontsenkung mit der anhaltenden Geldknappheit auf den Weltmärkten, die sich durch die Verschärfung der Weltwirtschaftskrise in letzter Zeit eher noch gesteigert hat.

Die bisherigen Diskontsenkungen haben noch nicht zu einer wirksamen Auflockerung des Kapitalmarktes in Deutschland geführt, und es besteht zur Zeit zwischen den Zinsfüßen auf dem Geldmarkt und den Anleihe- und Hypothekenzinsen eine so ungesunde Spanne, daß die konjunkturpolitischen Wirkungen der fortgesetzten Zinsenkungen der Reichsbank dadurch außerordentlich abgeschwächt sind. Es ist daher die dringendste Aufgabe der öffentlichen und privaten Bankpolitik in Deutschland, die Geldverbilligung auch für langfristige Kredite wirksam zu machen.

Teilweises Frauenwahlrecht in Frankreich. Der Wahlrechtsausschuß der Kammer hat sich für einen Gesetzesvorschlag ausgesprochen, der für die Witwen der Kriegsgesessenen und Vermögenden das Wahlrecht und die Wählbarkeit vorsieht. Der Vorsitzende des Ausschusses wird die Beratung im Plenum beantragen.

### Brüning Finanzminister.

Vortänfig mit den Geschäften betraut.

Amlich wird gemeldet:

Reichspräsident von Hindenburg hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichsminister Professor Dr. Moldenhauer auf seinen Antrag entlassen und den Reichskanzler Dr. Brüning bis auf weiteres mit der Wahrung der Geschäfte des Reichsministers der Finanzen beauftragt. Dem scheidenden Dr. Moldenhauer hat der Reichspräsident in einem Schreiben Dank für die dem Reiche geleisteten Dienste in herzlichen Worten ausgesprochen.

### Sakentkrenz wird nicht geduldet.

Der Berliner Polizeipräsident gegen die Naziform.

Vor acht Tagen hat der preussische Minister des Innern durch Erlaß an sämtliche preussische Polizeiverwaltungen das öffentliche Tragen der nationalsozialistischen Parteiuniform verboten. Darin hieß es, daß zur Uniform „alle Gegenstände gehören, die dazu bestimmt oder geeignet sind, abweichend von der üblichen bürgerlichen Kleidung die Zugehörigkeit zu den genannten Organisationen, insbesondere den sogenannten Sturmabteilungen, Schutzstaffeln und der Hitler-Jugend, äußerlich zu bezeichnen, also auch Kleidung und Ausrüstungsstücke (z. B. Armbinden), die durch bestimmte Form, Farbe, Schnitt usw. ein Merkmal der genannten Organisationen darstellen“.

Wie wohl kaum anders zu erwarten war, haben die Nationalsozialisten versucht, das Verbot zu umgehen. Statt der Uniform kleideten sich die Hitler-Anhänger einheitlich in weiße Hemden, auf die sie das Parteiabzeichen hefteten. Sie haben sich damit eine neue Parteiuniform geschaffen. Infolgedessen wird die Berliner Polizei in Zukunft auch gegen derartig gekleidete Nationalsozialisten einschreiten und ihre Parteiabzeichen beschlagnahmen.

### Kommunistischer Feuerüberfall.

Ein Schütze wegen Mordversuchs verhaftet.

Der Polizeipräsident teilt mit:

Gegen 5,45 Uhr heute früh wurde der 25jährige Arbeiter Pohnte, Friedrichsgracht 36 wohnhaft, Ecke Grünstraße und Friedrichsgracht von mehreren Personen mit Diskolenschüssen empfangen. Es wurden 12 bis 15 Schüsse abgegeben, die jedoch ihr Ziel verfehlten, weil Pohnte sich sofort auf den Boden warf. Nach Abgabe der Schüsse ergrieffen die Schützen die Flucht. Pohnte ist Angehöriger der NSDAP. Es gelang alsbald, einen der Täter in dem Arbeiter Wilhelm Rober zu ermitteln und festzunehmen.

Rober ist geständig. Er hat aus einem Trommelreolot angeblich nur einen Schuß abgegeben, und zwar hat er eine Schrotpatrone verschossen. Gefunden wurden bei ihm acht weitere Schrotpatronen. Des weiteren hatte er bei sich eine Kameerpfote (9 Millimeter) mit vier Schuß. Am Tatort wurden acht Hülsen gefunden. Die Täter sind Kommunisten. Die Ermittlungen nach ihnen werden fortgesetzt. Rober wird dem Vernehmungsrichter wegen versuchten Mordes zugeführt.

### Revolution in Bolivien.

Blutige Kämpfe — Der deutsche General Kunt gefangen.

Paris, 20. Juni. (LII.)

Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, haben in Bolivien schwere Kämpfe zwischen den Aufständischen und Regierungstruppen stattgefunden, wobei es auf beiden Seiten viele Tote und Verwundete gab. Die Nachricht, daß der Führer der Aufständischen Hinojosa von den Regierungstruppen gefangen worden sei, entspricht nicht den Tatsachen. Die Aufständischen sollen die Städte Oruro, Cochabamba, Potosi und Sucri eingenommen haben. Es soll den Aufständischen ferner gelungen sein, den Generalkommandeur der Regierungstruppen und den deutschen General Kunt gefangen zu nehmen, da ein Teil der Regierungstruppen zu den Aufständischen übergegangen sein soll.

Die Aufständischen haben einen Aufruf erlassen, in dem es heißt, daß die Revolution durch die Regierungsmethoden der Unkonstitutionellen hervorgerufen sei, die das Volk ausgebeutet hätten. Dem

Präsidenten Silos und dem Vizepräsidenten Saavedra wird vorgeworfen, daß sie durch Paktieren mit den Vereinigten Staaten Bolivien sehr geschädigt hätten. Von den Aufständischen ist Hinojosa zum vorläufigen Präsidenten ausgerufen worden.

### Länder und Reichsgewalt.

Heute die Aussprache im Ausschuß eröffnet.

Der Ausschuß der Länderkonferenz ist heute in der Reichskanzlei zusammengetreten und durch eine Rede Dr. Wirths über die Organisation der Reichsgewalt eingeleitet worden.

### Der Feuerkampf an der Grenze.

Gemischte Kommission führt die Untersuchung.

Der neueste deutsch-polnische Grenzzwischenfall stellt sich wie folgt dar:

Ein deutscher Zollbeamter fiel bei einer Streife auf einen Jollikten, der sofort das Feuer auf den Beamten eröffnete und drei Schüsse abgab, ohne zu treffen. Der Schuß, den der deutsche Beamte abgab, war sofort tödlich. Der Jollik war im Besitz eines Passes und eines Lichtbildes, die auf den Namen eines polnischen Grenzbeamten lauteten. Heute 1 Uhr ist eine deutsch-polnische Kommission zusammengetreten, um an Ort und Stelle Feststellungen zu machen.

### Brüning über Briand-Memorandum.

Deutschland / Frankreich / Europa.

Paris, 20. Juni.

In Fortsetzung seiner Untersuchung über den Eindruck, den das Briand'sche Memorandum in den europäischen Staaten hinterlassen hat, veröffentlicht der Sonderberichterstatter des „Matin“ Erklärungen des Reichskanzlers Dr. Brüning.

„Das Briand'sche Memorandum“, so erklärt der Reichskanzler, „wird innerhalb der gewünschten Frist, d. h. vor dem 15. Juli, beantwortet werden. Wir werden nicht nur auf die von Frankreich formulierte Einladung antworten, sondern auch in großen Zügen eine Darstellung unserer Ziele über die von Briand entwickelten Gedankengänge hinsichtlich der wirtschaftlichen und der politischen Probleme geben. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Unternehmung zu ernst ist, als daß man sich in Wortgefechten verlieren könnte. Hier ist eine langwierige Arbeit zu tun, und wir denken, daß Deutschland und Frankreich eine ernste Rolle dabei zu spielen haben. Der Reingewinn aus dem europäischen Austausch wäre eine glückliche Eröffnung der europäischen Debatte, und deshalb wünsche ich, daß die noch nicht geregelten Nachkriegsprobleme, vor allem das der Saar, aktiv vorwärts getrieben werden. Der Europapakt habe natürlich das erste Ziel, die Zollfrage zu er-mäßigen. Dabei müsse sich Deutschland bemühen, die Interessen seiner Landwirtschaft zu wahren, die gegenüber den Nachbarstaaten mit ihrem reicheren Boden und ihren billigeren Arbeitskräften im Nachteil sei. Für die Industrie dagegen liege das Hauptinteresse in der Eröffnung möglichst breiter Absatzgebiete. Aber auch hier sei eine Ausgleichung des Lohnniveaus notwendig. Außerdem habe die gesamte deutsche Volkswirtschaft ein Interesse daran, für den Bevölkerungsüberschuß Platz in weniger bevölkerten Gebieten zu finden. Natürlich könne Deutschland an keiner Organisation teilnehmen, die die schweren Ketten der Verträge, die auf ihm lasteten, noch drückender gestalten könnten.“

### Urteil der Dunkelkammer.

Arbeit für Minister Orozco.

Kiel, 20. Juni.

Im Kieler Munitionssprojeß wurde nach achtstägiger Verhandlung heute vormittag das Urteil verkündet. Die Große Strafkammer wies die Berufung der Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Urteil des Schöffengerichts auf Kosten der Staatskasse zurück. Auf Antrag des Oberstaatsanwalts wurde wegen Gefährdung der Staatssicherheit bei Verletzung der Begründung des Urteils die Öffentlichkeit wiederum in vollem Maße ausgeschlossen.













